Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 80 Goldpfennige, auswärtige Reklamen 1 Goldmark, amtliche Zeile 40 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 120 — Donnerstag, den 27. Mai 1926 — 21. Jahrgang

Abd el Krim bittet um Frieden?

Paris, 24. Mai. Die französischen Truppen in Marokko haben gestern die Stadt Targuist, wo Abd el Krim nach der Eroberung von Agdir durch die Spanier sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte, ohne Schwertstreich eingenommen. Der Widerstand wird vor der französischen Front immer schwächer. In den letzten drei Tagen konnten die französischen Truppen, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen, 30 bis 40 Kilometer Gelände gewinnen.

Das Havasbüro meldet aus Fes: Der französische Militärarzt Parent, der nach Abbruch der Friedenskonferenz von Udjda mit einer Mission ins Lager Abd el Krims gesandt wurde, ist in Fes angekommen, wo er eine längere Unterredung mit dem Generalresidenten Steeg hatte. Es wird versichert, daß Parent ein Handschreiben Abd el Krims an Steeg mitgebracht habe, das ein formelles Friedensgesuch Abd el Krims darstelle. Es verlautet, daß der Generalresident am Donnerstag zur Front reisen wird, um Abd el Krims Unterwerfung entgegenzunehmen.

„Abd el Krim existiert nicht mehr."

Die Morgenpresse bestätigt die Nachricht aus Marokko, wonach sich Abd el Krim den Franzosen ergeben will. Es soll bereits am Quai d'Orsay der Text des Handschreibens Abd el Krims an den Generalresidenten Steg eingetroffen sein. Man erwartet, daß die Feindseligkeiten daraufhin bereits in den nächsten Tagen eingestellt werden.

Im übrigen erklärt die Morgenpresse einstimmig, daß jetzt keinerlei Friedensverhandlungen mehr mit Abd el Krim geführt werden. Abd el Krim habe sich jetzt nur noch zu unterwerfen und zwar bedingungslos.

Der „Matin" veröffentlicht eine Unterredung mit einer ungenannten, aber, wie er erklärt, offiziellen Persönlichkeit aus der höchsten Verwaltung in Marokko. Diese Persönlichkeit erklärt, daß alles, was seinerzeit auf der Friedenskonferenz in Udjda besprochen worden sei, heute keinerlei Sinn mehr habe. Es bestehe ein Abgrund zwischen der damaligen und heutigen Lage. Abd el Krim existiere jetzt nicht mehr.

Deutsche Erfolge im Haag.

Haag, 25. Mai. Der internationale Gerichtshof hat in der Klage der deutschen Regierung gegen die polnische Regierung wegen einer Reihe von deutschen Eigentumsrechten in Polnisch-Oberschlesien seine Entscheidung bekanntgegeben. Der Gerichtshof ist zu dem Schluß gekommen, daß

in den Hauptpunkten der deutschen Klage stattzugeben ist.

Im ersten und zweiten Teil der Entscheidung wird ausgeführt, daß die Anwendung der Artikel 2 und 5 des polnischen Gesetzes vom 15. Juli 1920 auf deutsche Angehörige und Gesellschaften in Polnisch-Oberschlesien, sowie die Haltung der polnischen Regierung gegenüber den Aktiengesellschaften Oberschlesische Stickstoffwerke und Bayrische Stickstoffwerke im Widerspruch zu der Genfer Konvention stehen.

In Teil 3 der Entscheidung wird dargelegt, daß die von der polnischen Regierung bezüglich einer Reihe von ländlichen Domänen erlassenen Enteignungsmodifikationen in fünf Fällen im Widerspruch zu der Genfer Konvention stehen, daß dagegen in vier Fällen die deutsche Klage abgewiesen werden müsse.

Die Stillegungen im westlichen Industriegebiet.

Hagen, 25. Mai. Auf der Delegiertenversammlung des Gewerkvereins deutscher Metallarbeiter erklärte Regierungspräsident König-Arnsberg zu den Stillegungen im Industriegebiet, der Höhepunkt der Stillegungsaktion sei noch nicht erreicht. Es lägen ihm noch eine große Anzahl von Stillegungsanträgen vor. Man werde wahrscheinlich mit der Stillegung des Phönix in Hörde zu rechnen haben. Auch andere größere Werke beabsichtigen Stillegung oder andere starke Abbaumaßnahmen. Da die Produktion im westfälischen Industriegebiet wegen der Höhe der Transportkosten zu teuer geworden sei. Sie müßte an den Rhein heran, um billiger verfrachten zu können. Werde keine Möglichkeit geschaffen, die Industrie zu unterstützen, dann müsse man mit der Abwanderung der Großindustrie rechnen. Zum Schlusse forderte der Redner Maßnahmen gegen unberechtigte Betriebsstillegungen.

Marx sucht Kolonialverhandlungen.

London, 25. Mai. „Daily Mail" meldet aus Berlin: Der Reichskanzler Marx hat in einer Unterhaltung mit englischen Pressevertretern sich als Anhänger einer kolonialen Verständigung mit England erklärt. Der Reichskanzler hat die Absicht geäußert, sich zur kommenden Volltagung des Völkerbundes persönlich nach Genf zu begeben, um direkt Besprechungen mit den englischen Staatsmännern aufzunehmen.

Der ehemalige Präsident von Panama beim Reichspräsidenten.

Berlin, 25. Mai. Der Reichspräsident empfing heute den früheren Präsidenten, jetzigen Gesandten von Panama in London und Paris, Dr. Porras.

Keine polnische Anleihe in Italien.

Rom, 25. Mai. Entgegen den in einem Teil der Presse verbreiteten Nachrichten über angebliche Unterhandlungen zwischen der italienischen Regierung und einem polnischen Konsortium über die Gewährung einer Anleihe von 10 Millionen Dollar an Polen wird gemeldet, daß diese Nachrichten jeder Grundlage entbehren.

Die englisch-türkischen Verhandlungen.

London, 25. Mai. Wie Reuter erfährt, nehmen die englisch-türkischen Besprechungen einen günstigen Verlauf. Die türkische Regierung zeige sich von dem Wunsch beseelt, zu einer Einigung zu kommen.

Zusammenstöße in Neukölln.

Berlin, 26. Mai. In Neukölln kam es gestern abend zu größeren Zusammenstößen zwischen Anhängern des Roten Frontkämpferbundes und Mitgliedern des Stahlhelms, die in geschlossenem Zuge von einer Beerdigung zurückkehrten. Die alarmierte Polizei mußte mit dem Gummiknüppel die allmählich auf mehrere Tausende angewachsene Menschenmenge die eine drohende Haltung gegen die Polizei einnahm, auseinandertreiben. Ueber 20 Personen wurden festgenommen.

Verhaftungen bei dem Kölner Stahlhelmumzug.

Köln, 24. Mai. Am Sonnabend abend und Sonntag vormittag begaben sich größere Teile des Stahlhelms nach Köln, um dort im Laufe des Sonntagnachmittags auf dem Heumarkte vor dem Bundesführer Seldte zu defilieren. Als der im Anschluß daran sich bildende Zug an der Apostelkirche einbog, kam es zu Gegendemonstrationen einer größeren Menschenmenge, welche die Internationale sang. Die Polizei nahm an dieser Stelle 16 Verhaftungen vor. An einer anderen Stelle der Stadt, an der Hohen Pforte, wurde ein Mann, der sich abfällig über den Stahlhelm äußerte, von 15 Stahlhelmleuten blutig geschlagen. Ein für den Abend angesetzter Zapfenstreich wurde vom Polizeipräsidenten verboten.

Vlämische Kundgebung in Belgien.

Paris, 25. Mai. Wie Havas aus Hazebrouck meldet, fand an der französisch-belgischen Grenze gestern in einer zur Hälfte auf französischem und zur Hälfte auf belgischem Gebiet liegenden Ortschaft eine vlämische Kundgebung statt. Die Vlamen bildeten unter Führung des belgischen Abgeordneten Butaye einen Demonstrationszug und sangen auf belgischem Gebiet den „Vlämischen Löwen", ein Nationallied, in dem sie das Recht fordern, sich selbst zu regieren. Zwischenfälle werden nicht gemeldet.

Besuch des preußischen Kultusministers in Ungarn.

Der preußische Kultusminister Professor Dr. Dr. Becker hat sich auf Einladung der ungarischen Regierung und in Erwiderung des Besuches des ungarischen Kultusministers Grafen Klebelsberg nach Budapest begeben. Der Kultusminister beabsichtigt, im Rahmen dieses Besuches die wissenschaftlichen Anstalten in Budapest und die ungarischen Universitäten Debrecin und Fünfkirchen zu besichtigen; außerdem wird er die deutsche Kolonie in Budapest besuchen und sich über das deutsche Siedlungsgebiet in Ungarn unterrichten.

Bevorstehende Ernennung neuer Kardinäle.

Rom, 25. Mai. In dem auf den 21. Juni anberaumten geheimen Konsistorium werden der Assessor der Kongregation des Sant'Officio (Inquisition), Monsignore Carlo Perosi, und der Assessor der Kongregation der Sakramente, Monsignore Luigi Capotosti, zu Kardinälen ernannt werden.

Die südafrikanische Flaggenfrage.

Kapstadt, 25. Mai. Der Gesetzentwurf über die Schaffung einer südafrikanischen Flagge, in der die britische Flagge nicht mehr enthalten sein sollte, ist von der Regierung zurückgezogen worden. Der Gesetzentwurf, der großen Widerspruch hervorrief, wird in der nächsten Sitzung der gesetzgebenden Körperschaften erneut vorgelegt werden.

Deutsches Reich und deutsche Medizin.

Von Prof. Dr. **B. Möllers**, Berlin.

Die so eindrucksvoll verlaufene Reichs-Gesundheitswoche hat die allgemeine Aufmerksamkeit von den wirtschaftlichen Sorgen des Alltags auf die große Bedeutung hingewiesen, die der Gesundheit als der Voraussetzung und dem Ziele des Lebensglückes nicht nur für den einzelnen, sondern auch für die Volksgesamtheit zukommt. Wie der einzelne sich zur Kräftigung und Gesunderhaltung seines Körpers an den Hausarzt wendet, dem er sein Vertrauen geschenkt hat, so stehen auch dem deutschen Volke in seinen Gesundheitsbehörden sachverständige Berater zur Seite, welche alle Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege zu bearbeiten haben.

In den schweren Jahren der Nachkriegszeit hat die Gesundheitspolitik des Deutschen Reiches manche Wandlungen durchgemacht. Der unglückliche Ausgang des Weltkrieges hatte mit den Grenzen des alten Reiches auch zahlreiche wertvolle gesundheitliche Einrichtungen zerstört. Die aus dem Osten drohende Seuchengefahr mußte in einem von politischen Wirren stark beunruhigten Lande durch neue Abwehrmaßnahmen zurückgedrängt werden, während fast gleichzeitig im vom Feinde besetzten westlichen Grenzgebiete die Ruhrbesetzung die schwersten Erschütterungen der Volksgesundheit hervorrief. Die überstürzte Demobilmachung des Heeres, die Rückkehr der Kriegsgefangenen und Flüchtlinge, der starke Geburtenrückgang, die Unterernährung weiter Volkskreise, insbesondere der deutschen Jugend, der Verfall der deutschen Währung mit seinen verheerenden Folgen für die Volkswirtschaft, die Sozialversicherungen und die gesamte private Wohlfahrtspflege, die wirtschaftliche Notlage des Aerztestandes und der Krankenanstalten schufen den Gesundheitsbehörden des Reiches und der Länder eine Fülle neuer Aufgaben, welche die Vorkriegszeit nicht gekannt hat.

Eine fesselnde Darstellung der Gesundheitspolitik des Deutschen Reiches in der Nachkriegszeit von der hohen Warte des Parlamentariers aus gibt das vor kurzem herausgegebene Buch „Deutsches Reich und deutsche Medizin" des bekannten Reichstagsabgeordneten Prälat Prof. Dr. Schreiber (Verlag Joh. Ambros. Barth, Leipzig 1926), der sechs Jahre lang als Berichterstatter beim Haushalt des Reichsministeriums des Innern die Gesundheitspolitik des Reiches miterlebte und dadurch einen Einblick in Zusammenhänge und Maßnahmen gewinnen konnte, die sonst der breiteren Oeffentlichkeit nicht bekannt zu werden pflegen. Das Buch behandelt nicht nur das Arbeitsgebiet des Reichsministeriums des Innern, dem unter der Mitarbeit des Reichsgesundheitsamtes in der Hauptsache die Führung der Gesundheitspolitik des Reiches obliegt, sondern arbeitet auch dessen mannigfache Beziehungen zu den Nachbarministerien, dem Reichsarbeitsministerium, dem Reichsernährungsministerium, dem Reichswehrministerium und dem Reichsministerium für die besetzten Gebiete heraus, die in enger Berührung mit der öffentlichen Gesundheitspflege stehen. Besonders dankbar muß man aber dem vielerfahrenen Herausgeber sein, daß er auch den gesamten parlamentarischen Quellenstoff der Jahre 1918 bis 1926, soweit er die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes berührte, erstmalig vor der breiten Oeffentlichkeit ausgebreitet hat. Eine reiche persönliche Note erhält das Buch durch die mannigfachen persönlichen Beziehungen, die Prälat Schreiber mit der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft, dem Reichsausschuß für Leibesübungen, der Technischen Nothilfe, der medizinischen Fakultät in Münster und der deutschen Medizin im Auslande hat, denen er je einen eigenen Abschnitt in seinem Buche gewidmet hat.

Im Rahmen des verfügbaren Raumes ist es unmöglich, dem vielseitigen Inhalt des lesenswerten Buches auch nur einigermaßen gerecht zu werden. Kaum ein Teilgebiet aus den mannigfachen Problemen, mit denen sich die Gesundheitspolitik der Nachkriegszeit befassen mußte, ist in dem Buche von Prof. Schreiber unberücksichtigt geblieben, so daß jeder, der die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes in der Nachkriegszeit studieren will, aus dem Inhalt des Buches reichen Nutzen ziehen kann.

Besonders anerkennende Worte hat Prof. Schreiber der Tätigkeit des Reichsgesundheitsamtes gewidmet, das in diesem Sommer das Jubiläum seines 50jährigen Bestehens feiern kann. Es sei daher im nachstehenden mit wenigen Worten auf die Bedeutung dieser wichtigsten Gesundheitsbehörde des Deutschen Reiches hingewiesen.

Das Reichsgesundheitsamt wurde im Jahre 1876 mit der Bestimmung begründet, dem Reichskanzler (Reichsamt des Innern) „sowohl in der Ausübung des ihm verfassungsmäßig zustehenden Aufsichtsrechts über die Ausführung der in den Kreis der Medizinal- und Veterinärpolizei fallenden Maßregeln als auch in der Vorbereitung der weiter auf diesem Gebiete in Aussicht zu nehmenden Gesetzgebung zu unterstützen". Im Laufe der Jahre erfuhr der ursprüngliche Wirkungskreis des Reichsgesundheitsamts mannigfache Erweiterungen, indem es eigene wissenschaftliche Laboratorien erhielt. Die Glanzperiode des Gesundheitsamtes stellen die Jahre 1880 bis 1885 dar, während welcher Zeit Robert Koch hier die Grundlagen der neuen bakteriologischen Wissenschaft schuf und dadurch Berlin zum Mittelpunkt der medizinischen wissenschaftlichen Welt machte. Hier entdeckte Robert Koch mit seinen Schülern die Erreger der wichtigsten Volks- und Tierseuchen, der Tuberkulose (R. Koch), der Diphtherie (Löffler), des Typhus (Koch-

SLUB
Wir führen Wissen.